

Landespressekonferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 13. Januar 2010

**Statement der GEW-Landesvorsitzenden Doro Moritz
(Es gilt das gesprochene Wort!)**

Präsentation des Gutachtens zur Tragfähigkeit des Schulangebots in Baden- Württemberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor genau vier Wochen trug die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft an dieser Stelle ihre massive Kritik an den inhaltlichen und organisatorischen Mängeln der Werkrealschule vor – Kritik an der Werkrealschule, die von der Landesregierung als Weiterentwicklung der Schulstruktur betrachtet wird. Ich freue mich sehr, dass ich Ihnen heute das wissenschaftliche Gutachten zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg vorstellen kann, das die Tragfähigkeit des Schulangebots der Hauptschulen und Werkrealschulen sowie der Realschulen und Gymnasien in den Jahren 2010 bis 2025 beschreibt.

Der dramatische Rückgang der Schülerzahlen in der Hauptschule und die Einführung der Werkrealschule lösten große Diskussionen um die Weiterentwicklung der Schulen aus. Die Schülerzahlen der Hauptschulen und der derzeitigen und künftigen Werkrealschulen sind instabil. Bei der GEW gingen zahlreiche Anfragen ein. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Lehrkräfte, Schulleitungen und Schulträger suchen Orientierung und Wege für eine zukunftsfähige Schulstruktur vor Ort.

Bestimmend war in den vergangenen Monaten in den Gemeinden die Diskussion über den Erhalt einer weiterführenden Schule, die noch verbliebenen Haupt- bzw. Werkrealschulen. Und das nicht ohne Grund. Eine Schule ist nicht nur ein bewohntes öffentliches Gebäude in einer Gemeinde. Eine weiterführende Schule ist wesentlicher Bestandteil der Infrastruktur einer Gemeinde und hebt die Attraktivität des Wohnorts. Der folgende Veranstaltungstitel, den ich bei einer besorgten Organisation gelesen habe, beschreibt die Befürchtungen treffend: „Schule weg, Bus weg, wie komme ich zum Arzt?“

Es ist auffällig, dass bei der Diskussion um den Erhalt der weiterführenden Schulstandorte in einer Gemeinde nur über den Verlust der Hauptschule geklagt wird, während der Verlust bzw. das Nichtvorhandensein der Realschule und des Gymnasiums überhaupt kein Thema sind. Dabei belegen Untersuchungen eindeutig, dass die Identifikation und Bindung Jugendlicher in hohem Maße vom Schulort abhängen. Mitarbeit und Engagement im ehrenamtlichen Bereich (kulturell, sportlich und politisch), lebendige Vereinstätigkeit und das kulturelle Leben am Ort brauchen die nachwachsende Generation, und zwar nicht nur die Hauptschülerinnen und Hauptschüler, sondern auch die Schülerinnen und Schüler aus Realschulen und Gymnasien.

Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie die Gemeinden und Städte in der Frage der regionalen Schulentwicklung nicht länger allein lässt. Sie muss Perspektiven aufzeigen. Die notwendigen Prognosezahlen sind vorhanden. Die Kinder, um die es geht, sind bereits

geboren. Trotzdem hat das Kultusministerium nie öffentlich den Blick auf die Zahl der zukünftigen Schulstandorte und vor allem der Gemeinden ohne Schulen gerichtet. Der letzte Schulentwicklungsplan in Baden-Württemberg wurde vor fast vierzig Jahren veröffentlicht. Eine Fortschreibung erfolgte nicht.

In dieser Situation hat die GEW das Gutachten zur Tragfähigkeit des Schulangebots in Baden-Württemberg initiiert und die Autoren Tino Bargel und Richard Fauser von der Universität Konstanz mit der Ausarbeitung beauftragt.

Die GEW kann damit im Vorfeld der Landtagswahlen 2011 aufzeigen, was im Kinderland Baden-Württemberg, einem Flächenland, passiert, wenn von Seiten der Landesregierung nichts passiert.

Tino Bargel, Holger Bargel und Dr. Richard Fauser untersuchten, wie ein wohnortnahes Schulangebot geschaffen werden kann, das der gesteigerten Bildungsbereitschaft von Eltern und Schülerinnen und Schülern gerecht wird. Kriterien dafür sind, dass das Schulangebot wohnortnah, tragfähig, stabil und gerecht ausgelegt sein soll. Die Stabilität der Versorgung bemisst sich an der Jahrgangsgroße oder am Nachfragepotenzial für die einzelnen Schularten und Schulen.

Untersucht wurden drei Modelle zur Gestaltung und Aufteilung des Schulangebotes in der Sekundarstufe, also den Klassen 5 bis 10:

- Das gegliederte Modell mit drei Schularten, das an der Aufteilung nach Hauptschule/Werkrealschule, Realschule und Gymnasium festhält,
- das Zwei-Säulen-Modell, dass die Bildungsgänge von Haupt-/Werkrealschule und Realschule zusammenführt unter Erhalt der Gymnasien, im Gutachten als Verbundschule bezeichnet,
- das integrierte Modell, in dem alle Kinder und Jugendlichen eine Schule der Sekundarstufe gemeinsam besuchen; sie wird hier als Sekundarschule bezeichnet.

Nicht einbezogen sind die Sonderschulen, weil dies in der zur Verfügung stehenden Zeit aufgrund der Komplexität des Auftrags den Rahmen gesprengt hätte. Diese Nichteinbeziehung ist bedauerlich, da zumindest die rund 22.000 Schülerinnen und Schüler an Förderschulen, aber auch die aller anderen Sonderschulen einbezogen werden sollten. Nicht zuletzt die Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention zur inklusiven Bildung legt diese Einbeziehung nahe.

Niemand kennt genau die Übergangsquoten auf die Schularten der weiterführenden Schulen in den nächsten fünfzehn Jahren. Im Gutachten wurden drei Varianten der erwartbaren Übergangsquoten durchgerechnet.

Ich erinnere daran, dass die GEW Baden-Württemberg bereits 1992 ein vergleichbares Gutachten initiiert hatte, an dem auch Tino Bargel beteiligt war. Ausdrücklich merke ich an, dass die dort berechneten Prognosen sehr genau eingetroffen sind. So hatte das Gutachten vorausgesagt, dass in Heidelberg um 2005 die Hälfte der Hauptschulen geschlossen wird.

Damals und heute stand bzw. steht die Gesamtentwicklung der Tragfähigkeit des Schulangebots im Mittelpunkt unseres Interesses und nicht nur die Entwicklung im Bereich der Hauptschulen.

Die heute vorgestellte Untersuchung enthält nicht nur eine Landesübersicht. In vier Regionalgutachten wurde die Entwicklung der Schulstandorte im Detail aufgearbeitet. Es handelt sich um die Regionen

- Stadt Heilbronn/Landkreis Heilbronn
- Stadt Heidelberg/Rhein-Neckar-Kreis
- Landkreis Offenburg/Landkreis Emmendingen
- Landkreis Ravensburg/Bodensee-Kreis

Diese Regionalgutachten werden in den nächsten Wochen in regionalen Veranstaltungen präsentiert.

Bewertung der Ergebnisse

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Sie werden die Diskussion über die Schulstruktur beeinflussen und verstärken. Zur inhaltlich pädagogischen Argumentation, die für längeres gemeinsames Lernen spricht, kommen die objektiven Zahlen hinzu, die sich aus der demografischen Entwicklung und der Veränderung des Übergangsverhaltens ergeben.

Zu bewerten sind nun die drei Modellvarianten unter qualitativen Kriterien und der Tragfähigkeit. Dazu zusammengefasst wesentliche Ergebnisse:

I. Beibehaltung des gegliederten Schulsystems

Die Beibehaltung des gegliederten Schulsystems wird die Zahl der Haupt- bzw. Werkrealschulen auf 380 bis 420 reduzieren. 310 davon können sich nur durch Zusammenlegung mehrerer Schulen halten. Nur noch ein Drittel der Gemeinden in Baden-Württemberg hätte eine Haupt-/Werkrealschule am Ort. Das bedeutet einen Verlust von rund 60 Prozent der Hauptschulen.

Diese Zahlen belegen, dass aufgrund aktueller Schülerzahlen der Hauptschulen die Möglichkeiten zur Kooperation von Hauptschulen zu Werkrealschulen nicht überschätzt werden dürfen.

Einen bedarfsgerechten Ausbau und Zweizügigkeit vorausgesetzt gäbe es dann mehr Realschulen und mehr Gymnasien als Haupt-/Werkrealschulen – vor allem in größeren Gemeinden.

Für die GEW ist dies eindeutig das Schulmodell von vorgestern. Ein Land, das sich Kinderland nennt, darf nicht nur in jeder dritten Gemeinde eine Schule haben.

2. Verbundschulen (aus Haupt- und Realschulen)

Verbundschulen könnten gesichert in 500 bis 550 Gemeinden gebildet werden. Dadurch würden bereits deutlich mehr Standorte erhalten als beim Fortbestehen von Hauptschule/Werkrealschule und Realschule nebeneinander.

Diese Variante stellt allerdings für die GEW eindeutig keine wünschenswerte Alternative zum drei- bzw. vielgliedrigen Schulsystem dar. Sie wird, auch als Zwischenschritt, von der GEW eindeutig abgelehnt. Warum? Schulische Bildungsangebote können und müssen jedem Individuum gerecht werden. Es gibt keine sachlichen Gründe dafür, dass Gymnasiast/innen aus einem einheitlichen Schulkonzept ausgeschlossen werden.

Ein Schulsystem, das Haupt- und Realschülerinnen und -schülern individuell gerecht wird, wird auch Schüler/innen der Gymnasien gerecht. Eine Schule, in der konsequent individuell gefördert wird, muss Kinder nicht in Lerngruppen für unterschiedliche Leistungsstärken aussortieren.

3. Sekundarschule

Das Gutachten beschreibt, dass an drei Viertel der Gemeinden in Baden-Württemberg der Schulstandort erhalten bleiben kann, wenn Sekundarschulen gebildet werden. Trotzdem würde sich die Zahl der öffentlichen Sekundarschulen von jetzt 1.980 auf 1.386 reduzieren. Damit ist ganz eindeutig die Sekundarschule das überlegene Angebot, das Tragfähigkeit garantiert.

Erstaunlich ist, dass der Bildungsgang Hauptschule bei der Bildung von Sekundarschulen an mehr Schulstandorten angeboten werden kann als dies im gegliederten Schulsystem möglich ist. Unterschiedliche Bildungsgänge in der Sekundarschule machen keine Klassenbildung nach Schularten notwendig, sondern es werden integrierte Lerngruppen/Klassen gebildet. Die Frage, ob an einer Hauptschule in A eine 5. Klasse gebildet wird oder ob die Schüler/innen nach B fahren müssen, stellt sich nicht.

Fazit

Nicht nur aufgrund der Tragfähigkeit des Schulangebots bildet die Sekundarschule die überlegene Perspektive. Auch die inhaltliche Stärke des integrierten Schulsystems ist eindeutig. Jeder Schüler/jede Schülerin schließt die Schule mit dem Abschluss ab, die er/sie individuell erreicht. Sekundarschule heißt nicht, dass alle Schülerinnen und Schüler Abitur machen. Integrierte Schule oder Sekundarschule heißt, dass alle gemeinsam lernen und verschiedene Abschlüsse machen.

Selbstverständlich darf es nicht sein, dass die Bildung einer Sekundarschule per Gesetz beschlossen wird und keine inhaltlichen, strukturellen und pädagogischen Veränderungen erfolgen. Dies hätte lediglich eine noch höhere Heterogenität in den Klassenzimmern zur Folge, mit der die Lehrerinnen und Lehrer überfordert wären. Eine solch dilettantische Umstrukturierung würde den Kritikern einer Sekundarschule Recht geben. Eine veränderte Schulstruktur erfordert u.a., dass Lehrerinnen und Lehrer in der Aus- und Fortbildung

Kompetenzen zu Diagnosefähigkeit und individuelle Förderung erwerben und die Rahmenbedingungen verbessert werden.

Diese professionellen Grundlagen brauchen alle Lehrerinnen und Lehrer, egal wie vielgliedrig ihre Schule ist, wenn sie jedem Kind gerecht werden sollen und wollen. Eine Schule, in der diese Kompetenzen vorhanden sind, muss Kinder und Jugendliche nicht mehr auf verschiedene Schularten sortieren.

Die GEW erwartet, dass sich Kultusministerium und Landesregierung mit diesen Zahlen auseinandersetzen und ernsthaft mit den Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden regionale Bildungsplanung gestalten und die dort liegenden Chancen nutzen.

Ein Augen zu und Abtauchen bis nach der Landtagswahl kann es angesichts dieser Zahlen nicht geben. Auch finanzielle Argumente zählen nicht. Ein Zuwachs an tragfähigen Standorten wird Schule nicht verteuern.

Die Chance, in drei Viertel der Gemeinden alle Bildungsgänge der Sekundarstufe 1 anbieten zu können, ist die zentrale Aussage dieses Gutachtens. Welche Entwicklungschancen dies für den ländlichen Raum bietet, ist überwältigend.

Eine weitsichtige und verantwortungsvolle Politik kann in dieser Situation nicht das rasante Schulsterben unbeschränkt laufen lassen. Sie darf nicht zulassen, dass große Regionen zu schulfreien Zonen werden und nicht zuletzt der ökologisch und wirtschaftlich unsinnige Schülertourismus verstärkt wird.

Mein Dank gilt der Johannes-Löchner-Stiftung, der Max-Traeger-Stiftung und dem Verein Badische Lehrerinnen und Lehrer, die diese Untersuchung ermöglicht haben.

Ich hoffe und wünsche, dass das Gutachten Anlass und Anstoß für eine offene und konstruktive Diskussion in den politischen Parteien, gesellschaftlichen Gruppen und bei den Schulträgern sowie kommunalen Spitzenverbänden, bei der Landesregierung und im Kultusministerium über die künftige Schulentwicklung in Baden-Württemberg bietet.